

DerWesten - 02.02.2009

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/politik/2009/2/2/news-109042411/detail.html>

Umweltgesetzbuch

Umweltpolitiker wütend über bayerische Saboteure

NRZ Politik, 02.02.2009, Jan Jessen



Essen. Kaum ein Gesetzesvorhaben war so lange in der Pipeline: Über 20 Jahre versucht sich die Politik schon an einem einheitlichen Umweltrecht. Jetzt war es zum Greifen nahe, scheiterte aber am Widerstand der CSU. Umweltpolitiker aller Fraktionen und Umweltschützer sind entsetzt und empört.

In Deutschland wird es vorerst kein einheitliches Umweltrecht geben. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) teilte am Sonntag das Aus für das Umweltgesetzbuches (UGB) mit und erklärte das Scheitern des Projekts mit „dumpfem Reformunwillen und blinder Blockadehaltung“ auf Seiten der Union. Umweltpolitiker und Umweltverbände zeigten sich enttäuscht und entsetzt.

Mit dem Umweltgesetzbuch sollten die rund 10 000 deutschen Umweltgesetze und -verordnungen zusammengefasst und gestrafft werden. Das Vorhaben beschäftigt die Politik schon seit über 20 Jahren, auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte sich als Umweltministerin in den neunziger Jahren daran versucht. Union und SPD hatten in ihrem Koalitionsvertrag von 2005 festgestellt, dass das stark zersplitterte Umweltrecht nicht den Anforderungen an eine integrierte Umweltpolitik entspräche. Mit der Neuordnung von Gesetzgebungskompetenzen durch die Föderalismusreform 2006 wurden die Voraussetzungen für eine Vereinheitlichung des Umweltrechts geschaffen.

Genehmigungsverfahren sollten vereinfacht werden



Spricht von einem Armutszeugnis für die große Koalition: Grünen-Fraktionschef Fritz Kuhn. Foto: ddp

Die Koalition versprach sich durch das Umweltgesetzbuch unter anderem eine Vereinfachung von Genehmigungsverfahren für die Wirtschaft durch eine sogenannte integrierte Vorhabengenehmigung. Beifall gab es dafür vom für den Bürokratieabbau zuständigen Nationalen Normenkontrollrat, der sich „eine deutliche bürokratische Entlastung und einen Impuls für Wachstum und Beschäftigung“ versprach.

In der Politik gab es bis zuletzt eine breite Front von Befürwortern des Projekts, zuletzt hatten sich sämtliche Umweltminister der Länder im Juni vergangenen Jahres für das Umweltgesetzbuch stark gemacht. Gescheitert ist das Vorhaben am Widerstand der CSU, die immer wieder Änderungswünsche vorbrachte, etwa vor der Landtagswahl in Bayern versuchte, Naturschutzstandards zugunsten von Landwirtschaft und Industrie abzusenken. Etliche Male kam Gabriel den Bayern entgegen, vergeblich. Auch ein Gespräch

zwischen dem Bundesumweltminister und CSU-Chef Horst Seehofer am vergangenen Montag in München blieb ohne Ergebnis. Hinter vorgehaltener Hand heißt es, den Christsozialen sei letztendlich nur darum gegangen, Gabriel zu beschädigen.

"Das Scheitern des Systems Merkel"

„Hier ist ohne Sinn und Verstand ein Vorhaben zerschlagen worden, das gerade für mittelständische Unternehmen und für Behörden erhebliche Erleichterungen gebracht hätte“, kritisierte Gabriel. SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber bezeichnete das Scheitern des Projekts als „aus ökonomischer und ökologischer Sicht katastrophal“. Natur- und Gewässerschutz – deren Regelung jetzt in der Verantwortung der Länder bleibt – würden künftig gerade in Grenzregionen, die um die Ansiedlung von Unternehmen kämpften, geschliffen, warnte Kelber im Gespräch mit der NRZ. Das Aus für das Umweltgesetzbuch sei auch ein „Scheitern des Systems Merkel“, die es nicht geschafft habe, die CSU auf das Projekt zu verpflichten.

Michael Müller (SPD), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, nannte das Vorgehen der CSU „ein Zeichen von Kleinkariertheit“. Es sei völlig widersprüchlich, dass ausgerechnet eine Partei, die sich ständig für Bürokratieabbau stark mache, dieses Vorhaben scheitern lasse.

Auch in der Union herrscht Bedauern. „Das war eine einmalige Chance, das zersplitterte Umweltrecht wesentlich zu straffen“, so die umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, Marie-Luise Dött. Diese Chance werde es nie wieder geben. „Ich bedauere das sehr.“ Unionsfraktionsvize Katherina Reiche (CDU) sieht die Verantwortung bei Gabriel. Er habe „viel zu spät und unabgestimmt“ einen Gesetzentwurf vorgelegt, sagte sie dem Berliner „Tagesspiegel“.

„Armutszeugnis für die große Koalition“

Grünen-Fraktionschef Fritz Kuhn sprach von einem „Armutszeugnis für die große Koalition“, FDP-Umweltexperte Horst Meierhofer nannte das Scheitern des Vorhabens „im Sinne der Umwelt und der Wirtschaftlichkeit unverantwortlich“.

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) warnte vor einem „Wettlauf der Länder bei der Absenkung von Umweltstandards“. Die stellvertretende Vorsitzende Ulrike Mehl kritisierte, dass eine „große Chance zum besseren Schutz der Natur und für eine zukunftsfähige Entwicklung der Wirtschaft vertan“ worden sei. Jürgen Resch, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH), sprach von einem „Schlag gegen die Zukunftsfähigkeit Deutschlands“, der besonders den mittelständischen Unternehmen das Leben schwer machen werde.

Mehr zum Thema:

- Sigmar Gabriel erklärt Umweltgesetzbuch für gescheitert
- Umweltgesetzbuch auf Eis gelegt
- Klimawandel in der großen Koalition